

Press release
Kiel, 28.10.2005

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Fusion der Universitäten: Lübeck und Flensburg werden untergehen

Der SSW lehnt die geplante Fusion der Universitäten in Schleswig-Holstein ab. □Die Zentralisierung der drei schleswig-holsteinischen Universitäten in Kiel wird zweifellos zu einer Benachteiligung der kleinen Standorte führen. Lübeck und Flensburg werden ihr eigenständiges Profil und ihre Flexibilität verlieren□, warnt die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk. Der SSW hat für die kommende Tagung des Landtags in zwei Wochen einen Antrag eingebracht, mit dem das Landesparlament die Einrichtung einer Landesuniversität ablehnen soll.

□Das Land hat sich erst 2003 ein aufwändiges Verfahren in Verbindung mit der Hochschulreform der Erichsen-Kommission geleistet. Der daraus folgende Strukturwandel der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist noch gar nicht abgeschlossen, da wird zum großen Kahlschlag ausgeholt.

Mit der geplanten Gründung einer Landesuniversität schiebt die Regierung die unbequeme Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Universitäten in eine neue Mega-Hochschule. Dabei ist zu befürchten, dass die Interessen der kleinen Hochschulstandorte innerhalb einer großen Landesuniversität mit Sitz in Kiel untergehen. Dies hätte sowohl bildungspolitisch als auch regionalpolitisch negative Konsequenzen. Wir wollen eine ausgewogene Bildungslandschaft, die mit der Wirtschaft in der Region eng kooperiert und den Menschen in den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins Bildung und Weiterbildung vor Ort bietet. Wir wollen

aber auch die Autonomie, die Flexibilität und das Profil der kleinen Universitäten erhalten, die in einer von der CAU-Kiel dominierten Großuniversität leiden werden.

Die Pläne für eine Fusion der Universitäten sind ein klarer Sieg der Kiel-Lobby, die in Politik und Wirtschaft stark vertreten ist. Eine solche Entscheidung hätte einschneidende Konsequenzen für die anderen Hochschulen und Regionen im Land. Deshalb fordern wir den Landtag auf, den Plänen der Regierung eine Absage zu erteilen.□